

**INTERPELLATION** von Marcel Suter (SVP, Thalwil) und Maria Rita Marty (SVP, Volketswil)

betreffend Revidierter Normalarbeitsvertrag für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer (NAV Hauswirtschaft)

---

Der Regierungsrat hat am 8. April 2020 den neuen NAV-Hauswirtschaft verabschiedet. Dabei hat er im Wesentlichen die Vorgaben des Bundes, welche im Modell-NAV des SECO enthalten sind, unkritisch übernommen. So wird insbesondere eine detaillierte Regelung für die 24-Stunden-Betreuung geschaffen. Neu sind Fragen der telefonischen Erreichbarkeit, Pausen, Präsenzzeit, Internetzugang, Zugang zu sanitären und anderen Einrichtungen minutiös geregelt. Zudem muss wöchentlich über die geleistete Arbeit, Nacharbeit, Pausen und Präsenzzeit abgerechnet werden. Dies führt zu Auflagen und zu einer Bürokratisierung, die für private Haushalte kaum einzuhalten sind. Das Regulierungsgefüge ist schon heute für private Haushalte kaum noch zu überblicken. Zu beachten sind nämlich insbesondere neben dem OR der Bundes NAV Hauswirtschaft, der Modell-NAV SECO als Richtschnur sowie der kantonale NAV Hauswirtschaft. Zudem ist das Vorgehen des Regierungsrats verfassungsrechtlich – und damit staatspolitisch – fragwürdig. Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich der Regierungsrat beim Erlass des NAV-Hauswirtschaft? Ist er nicht auch der Meinung das Erlasse von dieser Tragweite, welche zudem massgeblich in Grundrechte eingreifen, einer möglichst demokratisch legitimierten Grundlage bedürfen und die demokratischen Rechte (so z.B. Gesetzesreferendum des Volkes) wahren sollten?
2. Entspricht es nicht einem breit abgestützten gesellschaftspolitischen Anliegen, eine finanzierbare Betreuung in den eigenen 4 Wänden zu fördern? Dies sollte doch auch für die private Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen gelten?
3. Wieso wurden die detaillierten Regelungen zu Präsenzzeiten, Pausen, Lohnabrechnung und dergleichen als zwingend notwendig beurteilt?
4. Ist die Handhabung der neuen, auch sehr administrativen Auflagen für Privathaushalte wirklich noch zu bewältigen und sind nicht eine massgebliche Verteuerung sowie steigende Rechtsrisiken die Folge?

Marcel Suter  
Maria Rita Marty

H. Amrein  
N. Fehr Düsel  
L. Habicher  
M. Hübscher  
U. Pfister  
J. Sulser  
T. Weidmann

U. Bamert  
H. Finsler  
J. Hofer  
D. Ledergerber  
D. Rinderknecht  
R. Truninger  
O. Wyss

S. Bossert  
B. Fischer  
B. Hoffmann  
Ch. Lucek  
R. Rogenmoser  
P. von Euw  
C. Zurfluh Fraefel

R. Burtscher  
B. Grüter  
W. Honegger  
Ch. Mettler  
C. Schmid  
U. Waser